

Gewalt gegen Schwule und Lesben

Fortbildungsveranstaltung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der lesbischen und schwulen Anti-Gewalt-Projekte

19. bis 21. Mai 2000

Ort: Freies Tagungshaus Waldschlösschen bei Göttingen

Veranstalter: Sozialwerk des Lesben- und Schwulenverbandes in Deutschland e. V.

Mit freundlicher Unterstützung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Gewalt gegen Schwule und Lesben Kommunikation. Polizeiarbeit. Vernetzung

An der Notwendigkeit schwuler und lesbischer Anti-Gewalt-Arbeit hat sich bis heute nichts wesentliches verändert. Gerade vor dem Hintergrund einer zunehmenden Offenheit gegenüber schwulen und lesbischen Lebensweisen in Medien und Alltag entwickeln Opfer antihomosexueller Gewalt oft - wieder - die Tendenz zu schweigen, da ihre Erlebnisse scheinbar in krassem Widerspruch zum öffentlichen Bild des schicken, selbstbewußten und weitgehend akzeptierten Schwulseins stehen. Dabei zählt antihomosexuelle Gewalt in allen Formen psychischer oder physischer Angriffe immer noch zu den Alltagserfahrungen schwuler Männer und auch lesbischer Frauen.

Vor diesem Hintergrund ist es das Ziel des Jahrestreffens 2000, schwul-lesbische Anti-Gewalt-Arbeit überall und vor allem praktisch zu unterstützen. Angesprochen sind dazu schwule und lesbische Anti-Gewalt-Gruppen, Notruftelefone und besonders auch Männer und Frauen, die als Einzelne oder im Rahmen einer schwulen/lesbischen oder anderen Organisationen (z.B. Rosa Hilfe, Deutsche Aids-Hilfe bzw. Aids-Hilfen vor Ort, Schwulen-Lesbenzentren etc.) Anti-Gewalt-Arbeit leisten.

Seminarablauf

Folgende Workshops wurden an diesem Wochenende im Rahmen des Seminars angeboten:

Kommunikation:

Präventionstipps oder Notrufnummer - die besten Ansätze nutzen nichts, wenn sie die Betroffenheit nicht erreichen. In dem Workshop werden einfache gestalterische und strukturelle Grundregeln für Infomaterial erarbeitet.

Der zweite Teil des Workshop beschäftigt sich mit den Zukunftsmedien. Dies sind die "neuen Medien" wie Internet, Email-Beratung, neue Möglichkeiten auf dem Telekommunikationsmarkt.

Leitung: Diereck Dross, Grafikdesigner und Ausbilder bei Public P3, Frankfurt/Main.

Polizeiarbeit:

Wie kann die Zusammenarbeit einer schwulen Gruppe mit der Polizei aussehen? Was müssen Berater über die Funktion des "Apparates Polizei" wissen? Wie können Ansprechpartner in der Behörde gefunden - und behalten - werden?

Leitung: Bernhard Kowalski, Erster Kriminalhauptkommissar und Ansprechpartner für Schwule und Lesben der Polizei in Frankfurt/Main.

Die Zukunft der Vernetzung (Diskussion):

Fortbildung, Basiswissen über neue Studien oder Theorieansätze zur antischwulen Gewalt sowie der persönliche Gedankenaustausch sind wichtige Inhalte und Gründe für ein bundesweites Treffen. Auch gemeinsame Politikansätze und mögliche Koalitionen, z. B. mit der gerade entstehenden lesbischen Anti-Gewalt-Arbeit, sind Themen, die ein solches Forum notwendig machen. Wie können diese Ansätze und damit die kontinuierliche Vernetzung der schwulen Anti-Gewalt-Arbeit in Zukunft fortgesetzt werden?

Dringend erwünscht waren nicht nur inhaltliche Vorschläge, sondern auch Angebote zur Übernahme einer bestimmten Aufgabe durch die jeweilige Gruppe.

Leitung: Michael A. Schmidt, Projekt UNSCHLAGBAR, Frankfurt/Main.

Lesbische Anti-Gewalt-Arbeit:

Mit der neuen Mitarbeiterin beim LSVD - Susanne Indorf - wird zukünftig ein größerer Schwerpunkt der Anti-Gewalt-Arbeit auf der Situation von Lesben und der Initiierung von Projekten liegen. Auch Aspekte der Zusammenarbeit schwuler und lesbischer Projekte sollen diskutiert werden.

Leitung: Susanne Indorf, Anti-Gewalt-Projekt des LSVD, Köln.

Vorstellungsrunde zur Situation der anwesenden Projekte

Köln: Das Anti-Gewalt-Projekt und das Überfalltelefon arbeiten zur Zeit mit fünf Ehrenamtlern, die hauptsächlich in der Beratung aktiv sind. Allgemein wird von einer schwierigen Arbeitssituation berichtet: Prävention und Öffentlichkeitsarbeit sind kaum durchführbar - am ehesten noch über gemeinsame Infostände mit der Polizei (die in NRW zu diesem Zweck ein eigenes Infomobil angeschafft hat). Infostände haben jedoch auch wenig Resonanz in der schwulen Szene, das gleiche gilt für die Website des Projekts. Die Zusammenarbeit mit der Polizei ist sehr gut.

Nordrhein-Westfalen: Es gibt sieben schwule Überfalltelefone und ein lesbisch-schwul gemischtes Projekt - betrieben vom LSVD. Gemeldet wurden 1999 insgesamt 55 Fälle antischwuler Gewalt (gegenüber 48 in 1998). Dabei ist eine stetige Zunahme allgemeiner Anrufe wegen gewalttätiger Vorfälle in Beziehungen zu verzeichnen. Weitere Themen der Anrufe sind polizeiliches Verhalten oder das Interesse an einer allgemeinen Beratung.

Allgemein zeichnet sich jedoch ein Rückgang der Anrufe ab. Allerdings erfahren die Mitarbeiterinnen der Überfalltelefone so oft Vorfälle aus dritter Hand, dass nicht auf einen realen Rückgang antischwuler Gewalt geschlossen werden kann. Öffentlichkeitsarbeit findet in Form von Aufkleberaktionen, Anzeigen, Postkartenaktion, Plakatierung in der Düsseldorfer U-Bahn und in Zusammenarbeit mit der Polizei („Info-Mobil“) statt.

Noch wenig ausgebaut ist die Website. Gerade die auf Prävention ausgerichtete Öffentlichkeitsarbeit müsste noch stärker gefördert werden. Weitere Aktivitäten: Teilnahme am Deutschen Präventionstag gemeinsam mit dem LKA, Organisation der Fachtagung „Polizei und Homosexualität“ im Dezember 1999. In Dortmund wird zur Zeit eine Zusammenarbeit mit der Rosa Hilfe als Modell für Städte mit insgesamt geringen Anruf-/Fallzahlen erprobt. Eine weitere Überlegung zur effizienteren Nutzung vorhandener Ressourcen ist in NRW die generelle Öffnung des Angebots bzw. der Infrastruktur für Lesben.

Niedersachsen: Die Struktur der schwulen Anti-Gewalt-Arbeit basiert auf den polizeilichen Ansprechpartnerinnen (4 Männer, 1 Frau) in Hannover, Cuxhaven, Oldenburg und Göttingen. Die Zusammenarbeit findet mit der niedersächsischen Aids-Hilfe, dem HOME-Zentrum und schwulen Organisationen statt. Eine schwule Anti-Gewalt-Gruppe existiert nicht.

Landesweit pro Woche gibt es ca. 10 bis 12 Anrufe. Allerdings existiert keine differenzierte Erfassung "antischwuler" bzw. antilesbischer" Gewalt neben anderen Tatbeständen. Die öffentlichkeits- bzw. Präventionsarbeit findet über ein eigenes Faltblatt und mittels Infoständen statt.

Erfolgreich ist die Arbeit der Clearingstelle bei Problemen von Schwulen/Lesben mit der Polizei. In Niedersachsen wird die schwule Anti-Gewalt-Arbeit unmittelbar durch den Arbeitskreis homosexueller Polizeiangehöriger e.V. (AHPol) getragen.

Frankfurt/Main: Hier existiert eine eigene Anti-Gewalt-Gruppe mit Überfalltelefon in Zusammenarbeit mit der Aids-Hilfe Frankfurt, die zweimal pro Woche erreichbar ist. Ein teilamtlicher Mitarbeiter und drei Ehrenamtler sind in der Gruppe engagiert. Nur relativ wenige Fälle wurden in den vergangenen Monaten (ca. 2 „echte“ Notrufe pro Monat) registriert. Eine Beratung findet hauptsächlich am Telefon statt. Eine systematische Öffentlichkeitsarbeit mit

Infoblättern in der Szene, einem neuen Standkonzept sowie eine gute Zusammenarbeit mit der Polizei stehen im Vordergrund.

Leipzig: Das dortige Anti-Gewalt-Projekt wird derzeit mit nur einem Hauptamtler von der lokalen schwulen Dachorganisation „Rosa Linde“ getragen. Die Arbeitsweise besteht vor allem in gemeinsamen Treffen von Vertretern verschiedener Schwulengruppen mit dem Beauftragten der Polizei.

Sehr wenige Notrufe sind in letzter Zeit eingegangen, allerdings kann angenommen werden, dass die meisten schwulen Opfer sich direkt an die Polizei wenden. Die Zusammenarbeit mit der Polizei ist hervorragend, der Ansprechpartner stark engagiert. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit und Prävention wurden 1999 entsprechende Materialien entworfen, die aber aus Geldmangel nicht produziert werden konnten.

Berlin: Das schwule Überfalltelefon hat nach wie vor gleichbleibende Fallzahlen um 200 Fälle pro Jahr und ist damit völlig ausgelastet und ständig an den Grenzen des Machbaren. Trotzdem soll die Arbeit in Richtung Opferpolitik vorangetrieben werden u.a. durch eine Intensivierung in der Zusammenarbeit mit dem "Arbeitskreis der Opferhilfen (ado) in Deutschland e.V."

Workshop: Kommunikation

Vermittelt wurden vor allem themenunabhängige Grundkenntnisse zur Gestaltung wirksamer Werbemittel wie:

- Verlauf der Wahrnehmung (Blickrichtung) der Betrachter über eine bedruckte Fläche.
- Wirksamkeit von Farben/Kontrasten und Bildelementen.
- Verhältnis von regulären Elementen (z.B. Texten) und auflockernden Gestaltungselementen.
- Wahrnehmungsunterstützende und wahrnehmungsstörende grafische Elemente.
- Auswahl und Lesbarkeit von Schriften sowie empfehlenswerte und weniger empfehlenswerte Möglichkeiten der Variierung (z.B. für Überschriften etc.).
- Textlauf und Schriftbild als Teil der primären optischen Wahrnehmung („Ist der Text leicht zu lesen?“) vor dem eigentlichen Lesevorgang.
- Generelle Möglichkeiten einfacher Layout- und Textgestaltung mit einer gängigen Text-Software.

Die Teilnehmer hatten Gelegenheit, ansatzweise eigene Entwürfe für ein Infoblatt und einen Aktionsflyer zu entwickeln, die sie mit ihren jeweiligen Gruppen weiterentwickeln und produzieren wollen.

Der zweite Teil beschäftigte sich mit den Möglichkeiten der sog. „Neuen Medien“. Das Kölner Projekt stellte anhand eines Laptops seine Homepage vor und berichtete über die Erfahrungen seiner Email-Beratung. Jens Dobler, ehem. Leiter des Anti-Gewalt-Projektes in NRW, berichtete von den theoretischen Möglichkeiten auf dem Telekommunikationsmarkt aber auch von seinen rein praktischen Begrenzungen. In der Regel sind alle technischen Fortschritte sehr teuer und damit für die Anti-Gewalt-Projekte nicht zu bezahlen. Rufnummern-Veränderungen sind praktisch nicht möglich, weil dann das ganze Informationsmaterial eingestampft werden müsste.

Workshop: Polizeiarbeit

Thema dieses Workshops waren Ziele und Methoden einer Zusammenarbeit schwuler oder lesbischer Anti-Gewalt-Gruppen mit den Polizeibehörden vor Ort. Dabei wurden zwei Schwerpunkte als wichtig angesehen:

Ein/e hauptamtliche/r offizieller Ansprechpartner/in -

nach Möglichkeit mit ausreichend langer Dienstzeit, um über fundierte Erfahrungen der polizeilichen Praxis zu verfügen und den „Apparat“ ausreichend gut zu kennen. Ansprechpartner existieren inzwischen an vielen Orten, sind aber häufig auf Grund eines niedrigen Dienstgrades und Revier- bzw. Schichtdienstes nicht in der Lage, ihre Aufgaben in dem gewünschten Umfang auszufüllen.

Insbesondere die interne Clearing-Funktion bei Problemen von Lesben/Schwulen mit polizeilichem Verhalten ist oft nicht gegeben. Dies ist ein wichtiges Aufgabenfeld, da durch einvernehmliche Regelungen und den Dialog mit allen Betroffenen viele Fälle scheinbaren oder tatsächlichen polizeilichen Fehlverhaltens auf einer direkten Ebene - vor allem auch kostensparend - geklärt werden können.

Um die Stellung des/der Ansprechpartners/in zu stärken, sollte vom Dienstherrn eine eindeutige Anweisung vorliegen, sie/ihn in allen relevanten Fällen zu beteiligen. Insbesondere die Teilnahme an allen das Aufgabengebiet des/der Ansprechpartners/in betreffenden Dienstbesprechungen sollte sichergestellt sein.

In engem Zusammenhang - aber nicht notwendigerweise personell identisch - sollte die Polizei interne Anti-Diskriminierungsstellen einrichten, die sich zentral auch um die Anliegen lesbischer oder schwuler BeamtInnen kümmern.

Ein besonders deutliches Signal auch als Beleg für eine diskriminierungsfreie Behörde könnte - nach dem Vorbild z. B. der Niederlande - die gezielte Stellenwerbung der Polizei in Lesben- und Schwulenmedien bilden.

Im Bereich der polizeilichen Praxis

sollte zunächst die Aus- und Fortbildung der BeamtInnen eine Pflichtveranstaltung zum Thema "lesbische und schwule Gewaltopfer bzw. antilesbische/antischwule Gewalt" enthalten.

Als „Einstiegslösung“ wurden die Frankfurter Reviergespräche vorgestellt, bei denen Mitglieder der Anti-Gewalt-Gruppe ihre Arbeit bei den Dienstbesprechungen der einzelnen Dienstgruppen in allen Revieren persönlich vorstellen.

Die Polizeireviere sollen grundsätzlich Infomaterial regionaler Gruppen zum Thema antischwule/antilesbische Gewalt auslegen.

Darüber hinaus wäre es wünschenswert, z. B. durch gezielte Info-Veranstaltungen zur Prävention Schwulen und Lesben gegenüber die Aufgaben, Möglichkeiten und auch Grenzen der Polizeiarbeit transparenter zu machen.

Generell sollten regelmäßige sichtbare, gemeinsame Projekte z.B. zur Gewaltprävention durchgeführt werden, wobei begrenzte Aktionen durch die Behörde vor Ort, größere Maßnahmen evtl. durch entsprechende Landesmittel finanziell unterstützt werden könnten.

An Politik und Verwaltung

richtet sich darüber hinaus der Wunsch, für diesen Bereich - und damit für die Arbeit der AnsprechpartnerInnen in der Polizei - entsprechend geeignete gesetzliche Grundlagen sowie Verwaltungsvorschriften zu schaffen, die auch die Einklagbarkeit der oben bezeichneten Aufgabenpunkte einschließt.

Workshop: Lesbische Anti-Gewalt-Arbeit

Ein besonderer Schwerpunkt bildete die Weiterentwicklung der lesbischen Anti-Gewalt-Arbeit. Susanne Indorf vom LSVD wies in einem Kurzreferat auf eine Untersuchung hin, wonach 78 Prozent der lesbischen Frauen bereits lesbenfeindliche Gewalt erlebt haben, wobei diese Zahl physische und psychische Gewalt umfaßt. US-amerikanische Studien kommen zu dem Ergebnis, dass zwischen 50 und 60 Prozent der Lesben von lebensfeindlicher Gewalt betroffen sind. Andere Zahlen besagen, dass jede zehnte Lesbe körperliche Gewalt erfährt. Ursache der unterschiedlichen Zahlen ist nicht zuletzt die zu Grunde liegende Gewaltdefinition. Doch von welchem Gewaltbegriff auch ausgegangen wird - es scheint, als ob lebensfeindliche Gewalt nun endlich öffentlich thematisiert wird.

Bei der anschließenden Diskussion um Möglichkeiten und Formen der Zusammenarbeit von Lesben und Schwulen auf dem Gebiet der Anti-Gewalt-Arbeit wurde auf die großen Unterschiede zwischen schwulenfeindlicher und lebensfeindlicher Gewalt hingewiesen. Angriffe auf Lesben finden vor allem im öffentlichen Raum, dort aber nicht an spezifischen Orten statt, während Angriffe auf Schwule sich an Orten wie z. B. Klappen, Treffpunkten in Parks oder vor schwulen Lokalitäten häufen.

Gewalt gegen Lesben geht seltener mit dem Gebrauch von Waffen einher, Lesben werden sowohl von Einzeltätern als auch von Gruppen angegriffen (Schwule hingegen fast immer von Gruppen und selten von Einzeltätern).

Deswegen muß Gewaltprävention an einem anderen Punkt ansetzen als bei schwulenfeindlicher Gewalt. Zudem unterscheidet sich die Sozialisation einer Lesbe von der eines schwulen Mannes - Lesben gehen vor diesem Hintergrund anders mit Gewalterfahrungen um und stellen andere Anforderungen an entsprechende Anlauf- und Beratungsstellen.

Ähnlich sind die Folgen von Gewalterfahrungen bei Schwulen und Lesben - so unter anderem das Hinterfragen der Identität, Konflikte in der Beziehung oder gesundheitliche Probleme. Häufiger als bei schwulen Männern ist eine weitere mögliche Reaktion, die lesbische Lebensweise zukünftig zu verstecken. Mehr noch als schwule Männer gestalten lesbische Frauen ihr alltägliches Leben allein deshalb anders, weil sie wissen, dass sie von Gewalt bedroht sind.

Am Ende der Diskussionsrunde wurde darüber reflektiert, wie eine adäquate lesbische Anti-Gewalt-Arbeit aussehen könnte. Einig waren sich die Teilnehmerinnen, daß bestehende Selbsthilfestrukturen gefördert werden sollten. Staatliche Anlaufstellen, beispielsweise die Polizei, sollten sensibilisiert werden, in Schulen muss verstärkt Aufklärungsarbeit geleistet werden. Unter Lesben wird verstärkt auch die Aufnahme eines Antidiskriminierungsgebotes ins Grundgesetz diskutiert.

Inwieweit Lesben und Schwule im Anti-Gewalt-Bereich zukünftig zusammenarbeiten können, wird sich unter anderem im Verlauf der Weiterentwicklung des lesbisch-schwulen Projektes in NRW noch zeigen. Dahingehende Diskussionsansätze gibt es inzwischen auch in einigen weiteren Projekten. Andererseits machte die Diskussion aber auch die Grenzen einer solchen Zusammenarbeit deutlich!

Diskussion: Perspektiven

Die allseitigen Probleme schwuler Anti-Gewalt-Gruppen haben eine Reihe von Ursachen und sind auch direkt beim Bundestreffen zu spüren gewesen und diskutiert worden.

Die Probleme mangelnden Interesses sowohl an ehrenamtlicher Mitarbeit als auch in der Szene (Rückgang der Anruferzahlen) haben zumindest teilweise eine gemeinsame Wurzel: In einer von professioneller Werbung überfluteten Umgebung haben auch nur professionell (bzw. mit professioneller Hilfe) gestaltete Informationen eine Chance - sowohl bei der Bekanntmachung von Notrufnummern und Beratungsangeboten, als auch bei der MitarbeiterInnenwerbung.

Vor allem muss auch die nötige Durchschlagskraft durch räumlich verbesserte und zeitlich längere Verteilung solcher Werbung erreicht werden. Es ist daher eine wichtige Forderung an Politik und auch Partner bei der Polizei, die Öffentlichkeitsarbeit der Gruppen schwerpunktartig stärker zu unterstützen.

Zusätzlich sollte bei der Anwerbung ehrenamtlicher Mitarbeiterinnen gezielter das Aufgabengebiet Öffentlichkeitsarbeit/Information/Prävention angesprochen werden, z.B. auch als Möglichkeit des Engagements für Leute, die gar keine (Telefon-)Beratung machen möchten.

Zu diesem Thema lag aus Frankfurt ein Kurzreferat mit Anregungen zur Gestaltung eigener, teilweise kostengünstiger Werbung und Öffentlichkeitsarbeit vor. So wurde unter anderem vorgeschlagen:

- Veranstaltung eines Festes/einer Party in Zusammenarbeit vor allem mit der Polizei, aber auch lokalen Gruppen oder Gastronomiebetrieben. Dies wurde in Frankfurt unter dem Titel UNSCHLAGBAR bereits mit grossem Erfolg realisiert.
- Systematische Medien- und Pressearbeit, z.B. regelmäßige Nennung in Veranstaltungskalendern, Notrufverzeichnissen, „Auftritte“ auch in lokalen Radio- und TV-Sendungen, Schwerpunktaktionen gemeinsam mit der Polizei.
- Suche nach kreativen Alternativen zu den oft als langweilig empfundenen Infoständen - z.B. durch Video-Vorführungen (Aufführungsrechte klären!) oder als Wurfbox (Blechdosen, beklebt mit bekannten Schwulenhasser-Zitaten, Werfen mit Tennisbällen, Verteilung kostengünstiger Kleingewinne).
- Alternativen zur üblichen Faltblatt-Verteilung: Infoaktion im Cruising-Gebiet mit Getränkeverteilung (kein Alkohol!); Aufkleber mit Notrufnummer auf Spiegeln in Szenekneipen etc.

Eine weitere Möglichkeit, das vorhandene ehrenamtliche Engagement im Bereich der schwulen und lesbischen Anti-Gewalt-Arbeit besser - auch motivierender - zu bündeln, ist die Zusammenarbeit - eventuell sogar die Verschmelzung - mit anderen Arbeitsbereichen ähnlicher Aufgabenstellungen wie Rosa Telefonen und Schwulen Info-Telefonen einerseits oder lesbischen Anti-Gewalt-Projekten andererseits.